

Die Verwaltung teilt mit, dass – wie seit der letzten Ausschusssitzung in TOP ö13.2 bekannt – im Rahmen der turnusmäßigen Hauptprüfung der Parkpalette erhebliche Mängel festgestellt worden sind, welche, im Nachgang der März-Sitzung, die Sperrung der Auffahrtsrampe zur Folge hatten. Im Fortgang der Untersuchungen sind weitere Mängel an der Bausubstanz, insbesondere den Stahlträgern und Betonverbundplatten, festgestellt worden, die sich als so gravierend darstellen, dass die Verkehrssicherheit durch die Stadt Meckenheim nicht länger gewährleistet werden kann. Ein Abriss sowie Neubau der Parkpalette sind daher unumgänglich. Die Verwaltung erläutert, dass die Gewerbetreibenden und Anwohner, unmittelbar nach Bekanntwerden des Sachverhaltes, per Mail oder Brief informiert worden sind.

Fraktionsübergreifend wird der kurzfristige Wegfall der PKW-Stellplätze als problematisch für die Gewerbetreibenden, deren Mitarbeiter und die Anwohner des Neuen Marktes bezeichnet. Die Verwaltung wird gebeten, alle notwendigen Maßnahmen für eine Minderung der Folgen zu treffen und möglichst schnell Ersatz zu schaffen.

Die UWG-Fraktion kritisiert, dass zwar schon vor einigen Monaten Ingenieurleistungen zur Prüfung der Parkpalette beauftragt worden sind, aber zu keinem Zeitpunkt die mögliche, kurzfristige Sperrung gegenüber den betroffenen Gewerbetreibenden und Anwohnern kommuniziert worden sei. Die Verwaltung erklärt, dass die Überprüfung öffentlicher Bauwerke turnusmäßig erfolgt und unmittelbar nach Bekanntwerden der notwendigen Schließung diese Information an die Gewerbetreibenden per Mail oder Brief weitergeleitet worden ist.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass nach ihrem Kenntnisstand Stellplätze per Baulast auf der Parkpalette im Rahmen erteilter Baugenehmigungen gesichert sind. Die Verwaltung erläutert, dass der Sachverhalt bekannt ist und aktuell in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 63 an einer Lösung gearbeitet wird. Auf Ersatzparkplätze im Umfeld des Neuen Marktes wird, ebenso wie auf eine Aufweichung der Parkscheibenpflicht in bestimmten Bereichen, hingewiesen.

Die BfM-Fraktion schlägt eine Erweiterung der Beschlussempfehlung für den Rat vor, um ein deutliches Signal an die Gewerbetreibenden und Anwohner zu senden, dass die Sorgen und Nöte durch Politik und Verwaltung ernst genommen werden. Der Ausschussvorsitzende schlägt daraufhin die Ergänzung einer Ziffer 3 zum Beschlussvorschlag der Verwaltung vor. Da es sich um den weiterreichenden Beschlussvorschlag handelt, wird dieser zur Abstimmung gestellt.